

Regierung forciert Privatisierungskurs

Auch der staatseigene Autokonzern *Maruti* kommt nun auf den Freien Markt

Thomas Berger

Eine gemischte Wirtschaft aus privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben - das war einst die Vision Nehrus auf ökonomischem Gebiet, die er und seine Getreuen mit Enthusiasmus umsetzten. Auch wenn dies den Konservativen, selbst in der eigenen Partei, als sozialistisch galt, hielten der erste Premier und seine Nachfolger (einschließlich Tochter Indira Gandhi) an dieser Grundlinie fest. Doch nichts lebt ewig in der Politik, auch nicht das ökonomische Alternativprogramm eines Visionärs zur Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts auf der einen und stalinistischen Planwirtschaft auf der anderen Seite. Was jahrzehntelang mehr oder weniger gut funktionierte, das Nebeneinander der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, ist mittlerweile akut gefährdet. Bereits seit 1991 läuft die Liberalisierung der indischen Ökonomie, heute als „*Disinvestment*“ bekannt. Und pikanterweise war es seinerzeit ausgerechnet Nehrus eigene Partei, der *Indian National Congress* (INC), die der Mixwirtschaft ihres einstigen Führers das Totenglöcklein läutete.

„Safranfront“ gegen Ausverkauf der Staatskonzerne

Inzwischen hat der Zug auf dem eingeschlagenen Schienenstrang mächtig an Fahrt gewonnen. Mag der Kurs in der auf Bundesebene regierenden Koalition bei mehreren Partnern sozialdemokratischer Orientierung sowie bei Traditionalisten in der eigenen Partei auch umstritten sein, hält die BJP-geführte Regierung von Pre-

mierminister Atal Behari Vajpayee dennoch unbeirrt auf das Ziel zu, das da heißt: Anschluß an die Weltwirtschaft. Während andere, ärmere Länder vom IWF zu solchen Schritten gezwungen werden, entledigt sich Indien ganz freiwillig der Reste einstiger staatlicher Kontrolle über bestimmte Betriebe, Branchen und Wirtschaftszweige. Der Ausverkauf nimmt immer größere Ausmaße an, wie nicht nur Gewerkschaften und politische Linke monieren. Die Stimmen der Opposition gegen die ausufernde Privatisierung sind vielfältig, reichen von ganz links bis ganz rechts. Ungewöhnlich einig sind sich Kommunisten, Marxisten und Teile der sogenannten „Safranfront“ darin, Vajpayee und dessen Wirtschaftspolitiker zu stoppen oder wenigstens zu bremsen. „*Swadeshi*“, die Kampfparole aus alten Tagen, hat wieder neue Aktualität gewonnen.

Jüngstes Beispiel ist der Autokonzern *Maruti*. Von 45 auf nur noch 20 Prozent hat der indische Staat sein Aktienpaket reduziert, und damit die Einflußmöglichkeiten auf den landesgrößten Fahrzeugbauer weitestgehend aufgegeben. Zwar war *Maruti* schon vorher mittels Mehrheitseigner Suzuki vorrangig in japanischer Hand. Aber zumindest hatte Delhi noch ein wichtiges Wörtchen mitzureden. Die 8,3 Milliarden Rupien, die der Aktienverkauf in die Staatskasse spülte, mag kurzzeitig dem Finanzminister süße Träume beschieren. Angesichts der ungebrochenen Wachstumsperspektiven für *Maruti* auf dem Inlandsmarkt ist der Konzern jedoch fast so etwas wie eine Gelddruckmaschine. Der kurzfristige Profit wird über die langfristige Enttäuschung,

eine Perle leichtsinnig weggegeben zu haben, nicht hinweghelfen, wie etliche Experten betonen. *Maruti* war keines der Pleiteunternehmen, wie sie zu Dutzenden und Hunderten vom Staat verkauft werden. Mehr als jeder zweite Pkw auf dem Subkontinent kommt aus der heimischen Autoschmiede; der *Maruti 800* ist der mit Abstand meistverkaufte Neuwagen.

Auch Tafelsilber wird verscherbelt

Doch die Minister und Beamten scheuen die Bedenken wenig. Ebenso wenig die machtvollen Demonstrationen, bei denen sämtliche Gewerkschaften in selten gesehener Einmütigkeit die Privatisierung anderer Großbetriebe zu verhindern trachteten. Auch die beiden Mineralölgiganten *Hindustan Petroleum* (HPCL) und *Bharat Petroleum* (BPCL) können nicht einmal entfernt als marode oder Sorgenkinder bezeichnet werden. Ähnlich wie bei *Maruti* wurde aber auch dort der Staatsanteil rapide gesenkt. Dabei waren beide Firmen erst in den 70er Jahren, während der zweiten Nationalisierungswelle unter Indira Gandhi, verstaatlicht worden, um die wichtige Ressource Öl nicht zum Spielball von Spekulanten werden zu lassen. Auch dies macht die Bundesregierung nun rückgängig. Einen Aufschrei sondergleichen lösten auch die Pläne aus, den Aluminiumproduzenten NALCO zu verkaufen. Der Betrieb mit Stammsitz in Orissa ist so etwas wie der Stolz des ostindischen Unionsstaates, der sonst über nur wenige Industrieanlagen verfügt. Einmütig schlossen sich Gewerkschaften, Regional-

politiker und Bevölkerung der Kritik an. Denn bisher spülte NALCO alljährlich erkleckliche Summen in die öffentlichen Kassen, und durch ein intelligentes System kurzer Transportwege gilt das Unternehmen als eines der am effektivsten wirtschaftenden im ganzen Land. Einer der Interessenten an einer NALCO-Übernahme ist der wichtigste Binnenkonkurrent HINDALCO, der zur Birla-Gruppe gehört. Schon jetzt kontrolliert diese über ihre Töchter 51 Prozent der indischen Aluminiumproduktion. Käme NALCO noch hinzu, würde ein Monopol bisher ungekannten Ausmaßes entstehen.

Konkurrenz am Kabinetttisch

Längst nicht nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, sondern auch Leitende Angestellte und Menschen aus dem re-

gionalen Umfeld der betroffenen Betriebe beteiligen sich an Demonstrationen und Streiks. Was die Realisierung der Privatisierungsvorhaben der Bundesregierung erschwert, sind aber weniger diese Aktionen. Blockaden gibt es eher durch die Konkurrenz am Kabinetttisch. Denn fast ein halbes Dutzend Minister ist mit diesen Projekten befaßt und jeder wacht darüber, in dem einen oder anderen Fall nur ja nicht übergangen zu werden. Dabei spielt längst nicht mehr nur das unterschiedliche Parteibuch eine Rolle. Die Mehrzahl der Kollegen aus den betroffenen Ressorts sind ohnehin BJP-Angehörige, die sich aber allesamt gegen den Verlust von Kontrolle und Prestigeprojekten wehren, der ihren eigenen Einfluß schmälern könnte. Fundamentalkritiker am Kurs haben es dagegen in der Koalition schwer. So gern sich die BJP-Spitzenpolitiker in der Regierung, Premier Vajpayee und Innenminister Advani, sonst auf die *Samata-*

Partei als einen ihrer verlässlichsten Partner stützen, sind George Fernandez und seine Getreuen als Wortführer in dieser Frage mit ihren Bedenken und Protesten doch weitgehend isoliert. Nur ein Minimum an Unternehmen, wie etwa der größte Ölkonzern des Landes, *Indianoil*, sollen zu global-strategischen Zwecken in Staatsbesitz bleiben. Auch auf Ebene der Unionsstaaten, gleich ob BJP- oder INC-regiert, gilt für die oft maroden Staatsbetriebe nur eine Alternative - verkaufen oder schließen. **D**

Zum Autor: Thomas Berger ist auf Südasien spezialisierter Fachjournalist und Publizist.

Win **4** Maruti Alto Spin Lxi
& many other great prizes.

OUTLOOK
Win
-a-
Fortune

MARUTI SUZUKI

Werbung von Maruti (Quelle: Outlook)